

25

Resümee und Ausblick: Deutschland regional

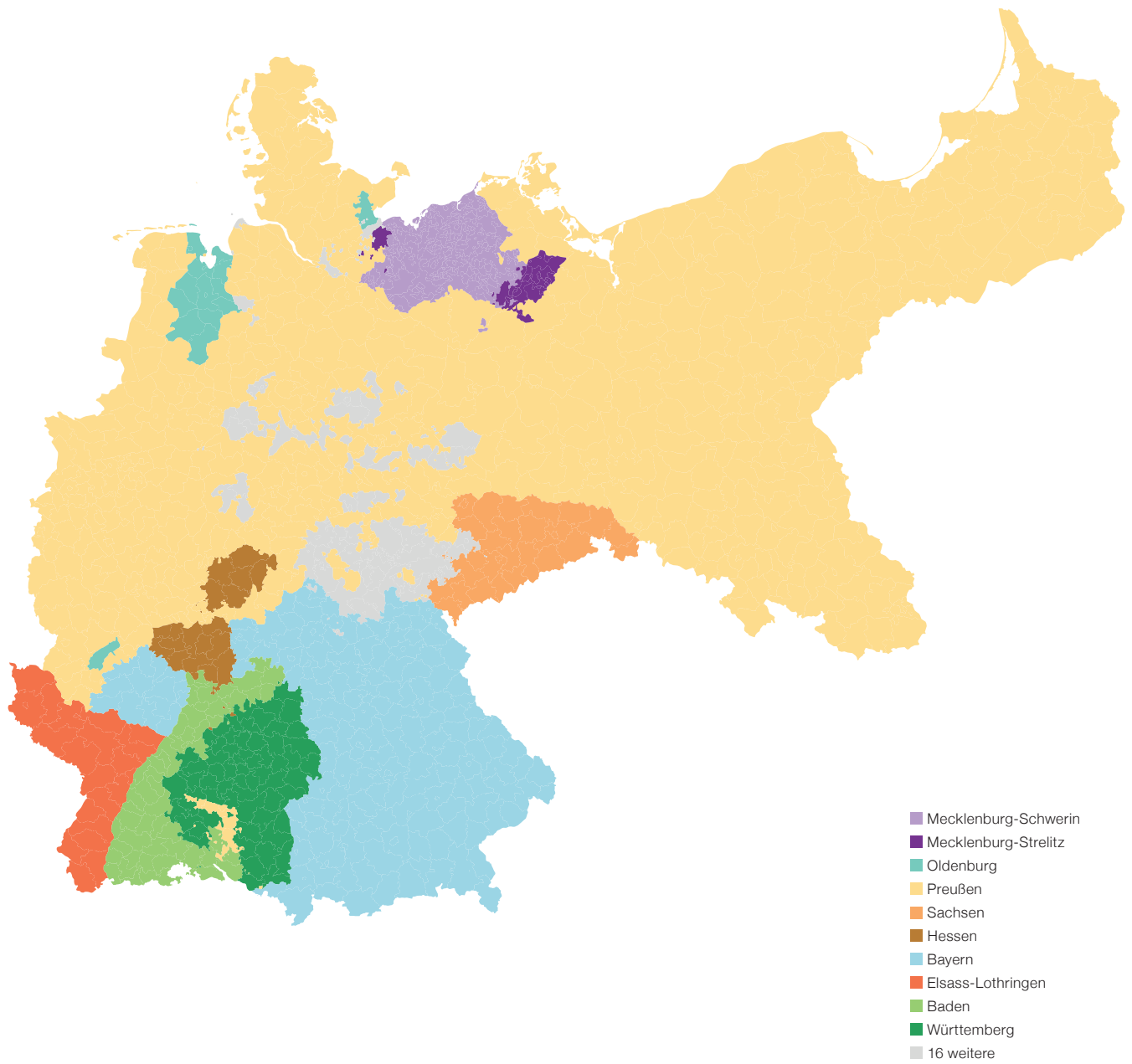
Thomas Rahlf

Wirtschaft und Gesellschaft haben sich in Deutschland, gemessen an der Statistik, in den vergangenen 180 Jahren grundlegend verändert – vielfach zum Positiven. Das zeigen die Kapitel dieses Buches: Die Bevölkerung wuchs seit 1850 um mehr als das Doppelte, der Anteil der über 65-Jährigen hat sich dabei mehr als verzehnfacht. Anders ausgedrückt: Auf einem Spaziergang um 1850 war jeder Zweite, der einem begegnete, höchstens 20 Jahre alt, kaum mehr als jeder Zwanzigste 60 Jahre oder älter. Heute ist nur noch jeder Fünfte unter 20, etwa genauso viele über 60. 1871 lebten zwei von drei Menschen in Deutschland in Dörfern, heute sind es weniger als 2 Prozent. Dafür wohnt mittlerweile die Mehrheit der Bevölkerung in Großstädten. Die Mehrheit der Beschäftigten verdient mittlerweile ihr Geld nicht mehr in der Landwirtschaft, dem Handel oder in der Industrie, sondern mit Dienstleistungen. Die

durchschnittliche Arbeitszeit ist dabei von über 80 auf unter 40 Stunden pro Woche gesunken, das reale Pro-Kopf-Einkommen hat sich mehr als verzehnfacht. Starb vor 150 Jahren noch jeder vierte Säugling, sind es heute 3 von 1 000. Starb 1892 noch mehr als jeder Zehnte in Deutschland an der Tuberkulose, vor dem Ersten Weltkrieg Jahr für Jahr über 100 000 Menschen, gilt diese heute und hierzulande als seltene Krankheit, die man in aller Regel überlebt. Die Lebenserwartung stieg seit 1871 um über vier Jahrzehnte. Mehr als jeder Zweite eines Jahrgangs machte 2018 das Abitur, 1871 war es nur einer von 70 Jungen, kein einziges Mädchen.

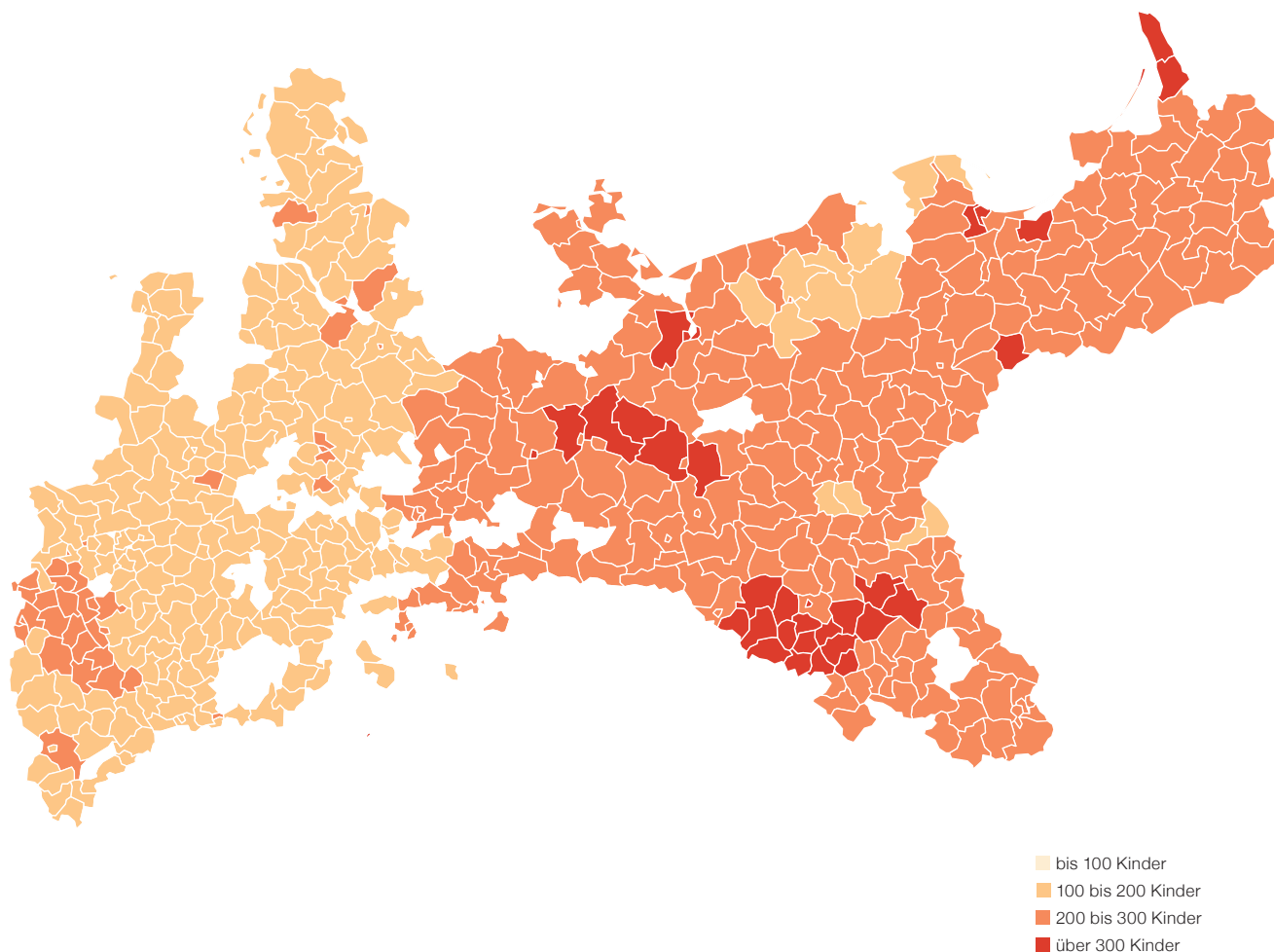
Gleichzeitig lässt sich aber auch ein deutlicher Rückgang an „Bindungen“ festzustellen: So stieg etwa der Anteil der Einpersonenhaushalte von 5,5 Prozent 1871 auf aktuell 41 Prozent. Anders gesagt: Jede fünfte Person lebt mittlerweile

Bundesstaaten des Deutschen Reiches 1900



Quelle: MPIDR Population History GIS Collection

Säuglingssterblichkeit in Preußen auf Kreisebene 1894/96 — Gestorbene pro 1 000 Lebendgeborene



allein. Die Heiratsrate hat sich im gleichen Zeitraum halbiert, die Scheidungsrate dagegen verzehnfacht. Und auch die Religion zeigt sich zumindest in ihrer amtlichen Erfassung auf dem Rückzug. Waren noch zu Beginn des Ersten Weltkriegs rund 99 Prozent der Bevölkerung entweder evangelisch oder katholisch, waren es 2018 offiziell gerade noch halb so viele. In eine ähnliche Richtung zeigt die politische Partizipation: Zusätzlich zu der seit 20 Jahren zu beobachtenden kontinuierlich rückläufigen Anzahl an Parteimitgliedschaften scheint die Wahlbeteiligung langfristig gesehen zurückzugehen. Dies sind Zeichen einer zunehmenden Individualisierung unserer Gesellschaft. Parallel dazu lässt sich seit den 1950er Jahren in Deutschland wie in anderen ökonomisch hoch entwickelten Ländern auch ein starker Anstieg der Gewaltkriminalität beobachten. Ein Faktor könnte die zuneh-

mende soziale Ungleichheit sein: Seit den 1960er Jahren ist zwar der Anteil der unteren 50 Prozent am Gesamteinkommen von einem Drittel auf ein Sechstel gesunken; der Anteil der Top-10-Prozent dagegen auf über 40 Prozent gestiegen, ein Anteil wie zuletzt vor dem Ersten Weltkrieg.

All diese Entwicklungen gelten für Deutschland insgesamt: im Lauf der Zeit in stark variierenden Grenzen, aber dennoch auf der Ebene des Nationalstaats. Unberücksichtigt bleibt dabei, dass Deutschland mehr als die meisten anderen Länder allein schon politisch durch eine ausgeprägte Binnendifferenzierung geprägt war. Um 1900 bestand Deutschland aus 26 Bundesstaaten: vier Königreichen, sechs Großherzögümern, fünf Herzogtümern, sieben Fürstentümern, drei freien Städten sowie dem annektierten Elsass-Lothringen (siehe Karte S. 351).

Es ist naheliegend, dass sich die politische Struktur auch auf eine Reihe von Statistiken auswirkt: etwa weil die Verwaltungsorganisation zu unterschiedlichen Erfassungsgenauigkeiten führt, oder weil die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern eben tatsächlich unterschiedlich waren. Aber nicht nur politische, auch sozio-kulturelle Faktoren, die eher regionalspezifisch sind, können eine große Rolle spielen. Ein Beispiel hierfür liefert die Säuglingssterblichkeit, die in Kapitel 5 nicht nur für Deutschland insgesamt, sondern bis zum Zweiten Weltkrieg auch für Preußen und Bayern abgebildet ist (siehe S. 81). Man erkennt auf den ersten Blick eine gravierende Differenz: Während die Zahlen in Preußen und Bayern jeweils einem recht glatten säkularen Trend folgen, mit einem Anstieg bis etwa in die 1870er Jahre und einem darauffolgenden langfristigen Sinken, zeigt sich ein erheblicher Niveauunterschied zwischen den beiden Bundesstaaten. Die Säuglingssterblichkeit lag in Bayern dauerhaft etwa 50 Prozent über derjenigen Preußens. Für diese erstaunliche Differenz lässt sich eine einfache, kulturelle Erklärung finden: In Bayern wurden, anders als in Preußen, Kinder nicht gestillt, sondern mit Mehlbrei gefüttert. Dadurch kam es häufig durch verunreinigtes Wasser zu Durchfallerkrankungen, die oft tödlich endeten.¹ Aber auch innerhalb Preußens zeigen sich deutliche strukturelle Unterschiede. Für die Jahre 1894/96 liegen für Preußen Statistiken zur Kindersterblichkeit auf Kreisebene vor, sodass hier ein differenzierter, kleinräumiger Blick möglich ist (siehe Karte S. 352). Zwar gab es auch hier einzelne Regionen, in denen die Säuglingssterblichkeit ähnlich hoch war wie in Bayern; dazu gehörten etwa Memel und Heydekrug, Teile des Regierungsbezirks Liegnitz in Schlesien, die Gegend um Berlin oder Teile der westlichen Rheinprovinz; insgesamt zeigt sich jedoch ein deutliches West-Ost-Gefälle. Im Norden und Westen lag die durchschnittliche Säuglingssterblichkeit in etwa bei 175 Gestorbenen pro 1 000 Lebendgeborenen, im Zentrum und im Osten dagegen bei 250.²

Neben politischen und kulturellen Faktoren spielen natürlich auch geografische Strukturen eine wesentliche Rolle bei der Binnendifferenzierung. Regionale Besonderheiten haben sich dabei nicht erst in dem hier berücksichtigten Zeitraum, also mit dem Beginn der Industrialisierung herausgebildet, sondern entwickelten sich aus den vorindustriellen Gewerbegebieten, die wiederum oftmals von geografischen Voraussetzungen abhingen.

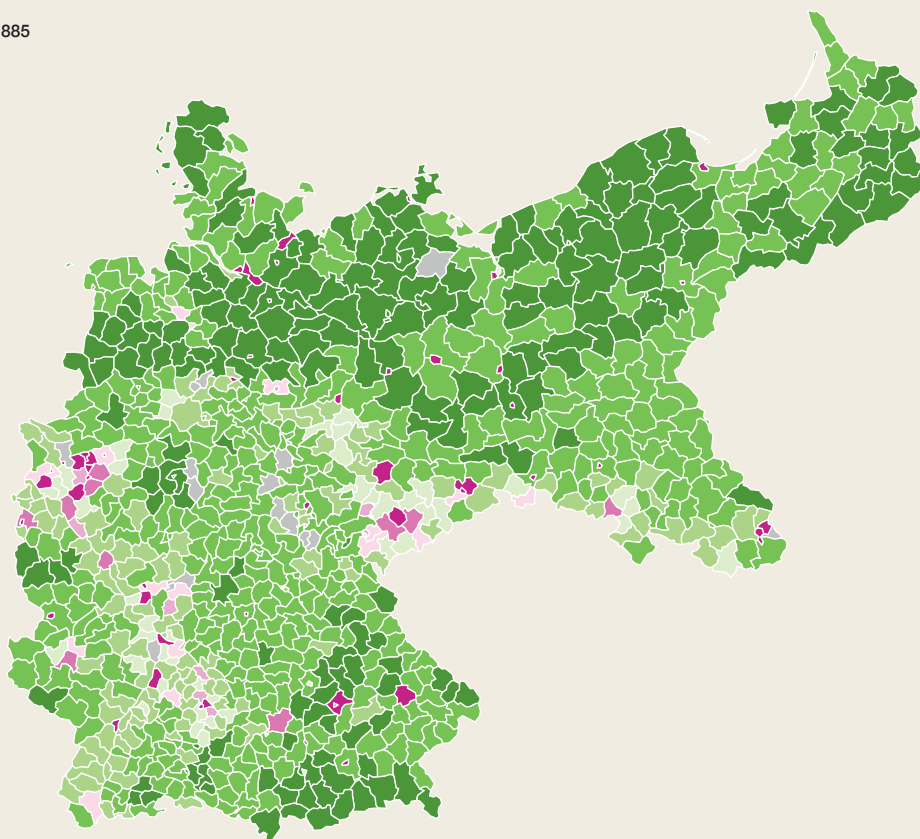
In der historischen Forschung sind solche Untersuchungsansätze unterhalb der nationalen Ebene seit Langem etabliert, mit unterschiedlichen Schwerpunkten als Territorial-, Provinzial-, Landes- oder Regionalgeschichte.³ Auch die

Wirtschaftsgeschichte hat früh auf die Bedeutung regionaler Differenzierungen hingewiesen.⁴ Will man das nicht als Sammelsurium mehr oder weniger zufällig herausgehobener einzelner Teile verstehen, ist man auf das subnational gegliederte Angebot insbesondere der amtlichen Zentralstatistik angewiesen. Diese hat schon seit der Reichsgründung, ganz im Sinne der föderalen Struktur des Reiches, Statistiken zu vielen Themenbereichen regional differenziert ausgewiesen. Neben den einzelnen Ländern waren dies häufig Regierungsbezirke oder Einheiten vergleichbarer Größe; immer wieder gab es aber auch Veröffentlichungen bis hinunter auf die Ebene der etwa 1 000 Kreise. Gerade diese feinteilige Ebene bietet für Untersuchungen regionaler Differenzierungen einen großen Erkenntnisgewinn, denn damit können zum Beispiel regionale Besonderheiten identifiziert werden, die sich zum einen unterhalb der Ebene der Bundesländer, zum anderen aber auch über Landesgrenzen hinweg zeigen können.⁵ Schließlich bieten solche Daten auf Kreisebene ein enormes Potenzial für die Untersuchung systematischer demografischer oder sozioökonomischer Zusammenhänge. In Ermangelung von Daten auf individueller Ebene, wie sie heute als sogenannte Mikrodaten verfügbar sind, bieten sie dafür einen willkommenen Ersatz bei entsprechenden Analysen. Solche in der Ökonomie neuerdings als „Natural Experiments“⁶ bezeichneten Vorgehensweisen bergen freilich – gerade wenn die historische Dimension zu wenig beachtet wird – einige Fallstricke.⁷

Die Fülle an statistischem Material, das für Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts auf Kreisebene vorliegt, ist bislang nur unzureichend erschlossen und ausgewertet. Daher soll im Folgenden als Ausblick anhand von wenigen ausgewählten Daten in Kartenform gezeigt werden, wie sich die in den vorausgegangenen Kapiteln jeweils für ganz Deutschland wiedergegebenen Verhältnisse regional differenzieren. Für acht Themengebiete können dabei für das Kaiserreich sieben und für die Weimarer Republik vier Vergleiche mit der Gegenwart, insgesamt also 19 Karten, erstellt werden. In dieser Form erstmals werden dabei für die jeweiligen Vergleiche identische Farbschemata verwendet, sodass auch ein direkter Vergleich über die Zeit möglich ist. Auf der Webseite www.deutschland-in-daten.de/karten können darüber hinaus alle Karten einzeln mit den statistischen Werten und Namensangaben zu jedem einzelnen Kreis aufgerufen werden.⁸

► Karte 1 Bevölkerungsdichte — Personen pro Quadratkilometer

Bevölkerungsdichte 1885

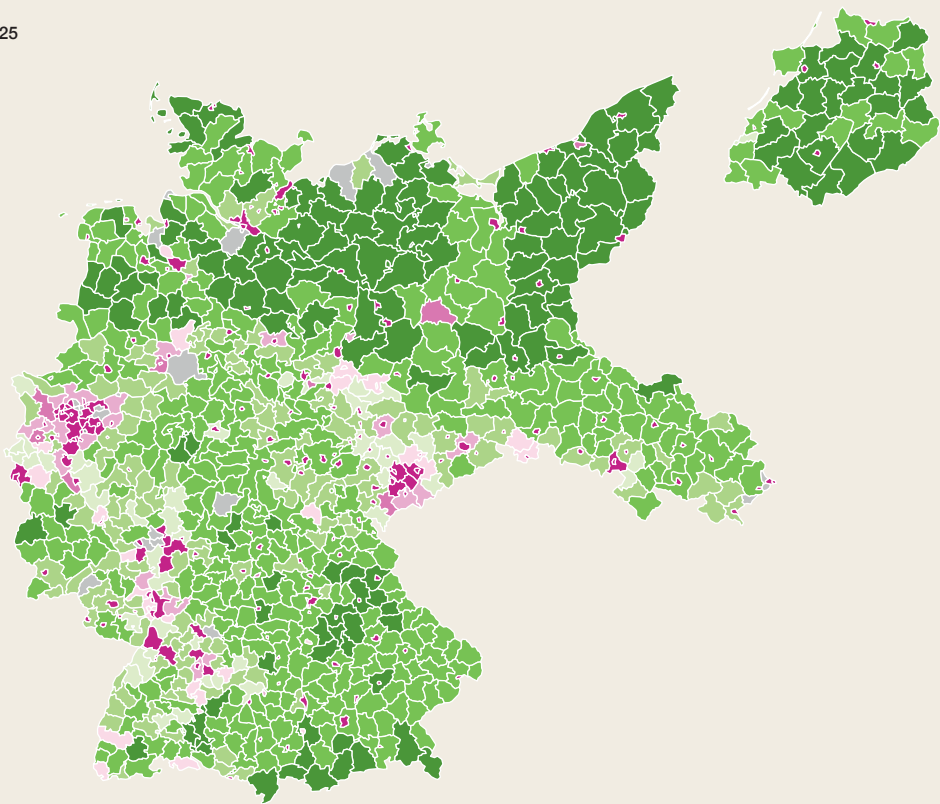
**Bevölkerungsdichte**

Derzeit leben in Deutschland etwa 230 Menschen pro Quadratkilometer, etwas weniger als in Großbritannien, halb so viele wie in den Niederlanden und doppelt so viele wie in Frankreich oder Österreich. Deutschland gehört damit zu den dichtbesiedelten Ländern im internationalen Vergleich. Dabei ist die Bevölkerung regional sehr ungleich verteilt: Aktuell leben in der Rhein-Ruhr-Region, dem Rhein-Main-Gebiet sowie der Oberrheinebene außerhalb der noch viel dichter besiedelten Großstadtreionen etwa 400 bis 600 Personen pro Quadratkilometer, während es in Mecklenburg-Vorpommern um die

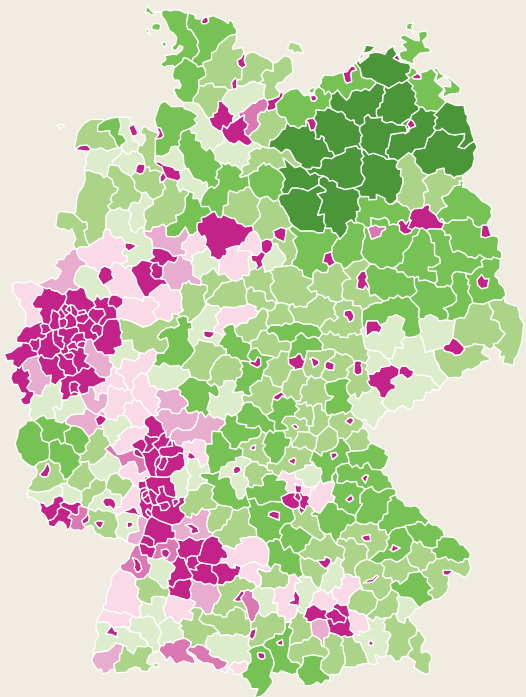
40 Personen sind. Im langfristigen Vergleich zeigen sich diese Muster schon in der Weimarer Republik und im Kaiserreich. So waren bestimmte Regionen im Ruhrgebiet und in Sachsen in Ansätzen bereits 1885 dichter besiedelt; 1925 dann auch die Rheinschiene, allerdings immer noch erheblich weniger intensiv als heute. Im übrigen Deutschland blieb die Bevölkerungsdichte dagegen bemerkenswert stabil. Obwohl die Bevölkerung zwischen 1885 und 1925 – trotz Gebietsverlusten – um ein Drittel gewachsen ist, stieg die Bevölkerungsdichte in weiten Teilen Ost- und Süddeutschlands im Vergleich dazu nur unwesentlich. Die Verteilung über die

einzelnen Kreise zeigt, dass heute in den meisten Kreisen die Bevölkerungsdichte etwa doppelt so hoch ist wie 1885. Der häufigste Wert heute ist etwa 100 Personen pro Quadratkilometer, während er 1885 nur 50 Personen betrug. Erhebliche strukturelle Änderungen gibt es durch Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands, die den demografischen Wandel überlagern. In den meisten Regionen Westdeutschlands werden Einwohnerverluste, anders als in ländlich strukturschwachen Gebieten im Osten, aufgrund von Sterbeüberschüssen und Abwanderungen durch Zuwanderungen mehr als ausgeglichen. ► Karte 1

Bevölkerungsdichte 1925



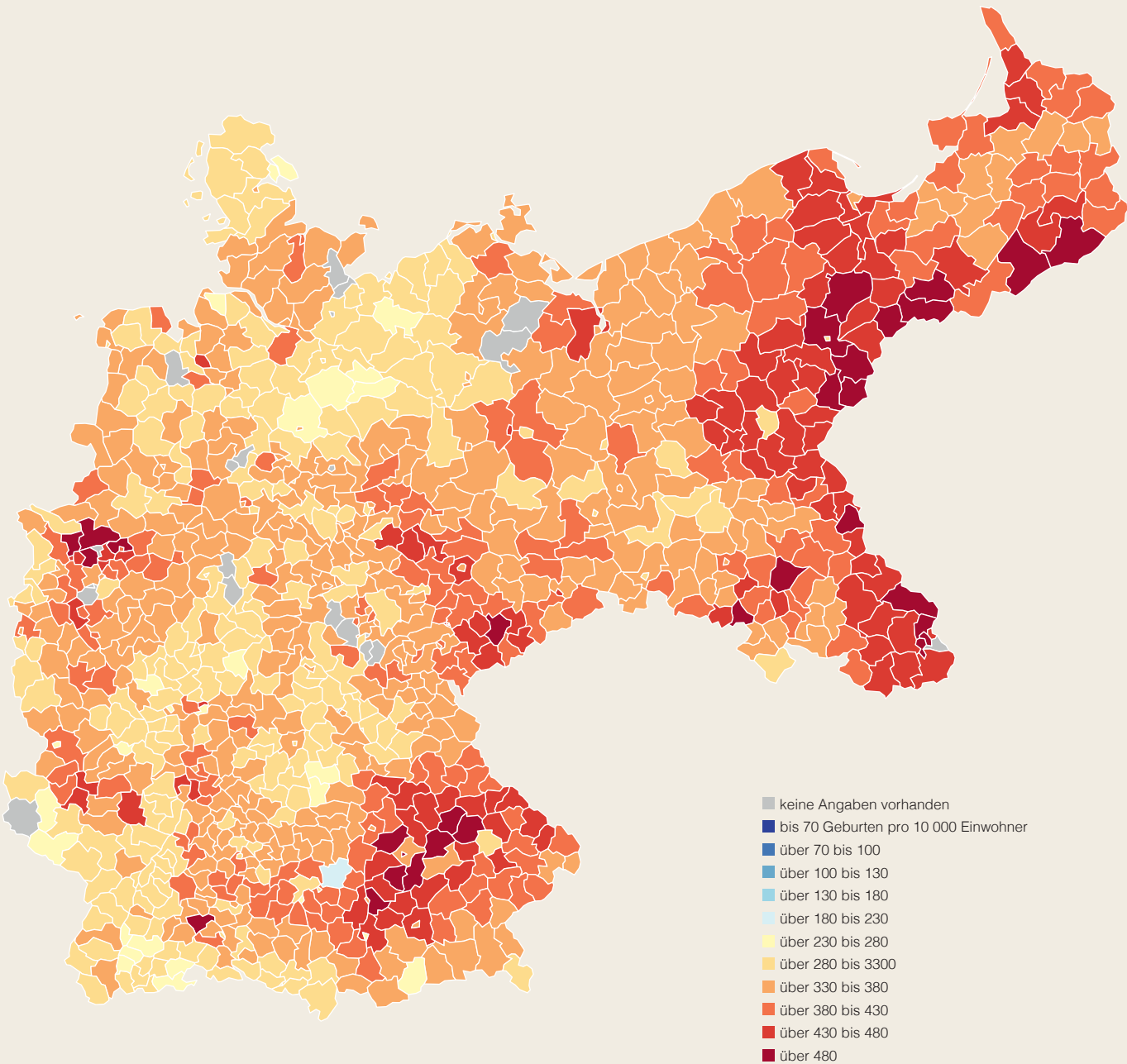
Bevölkerungsdichte 2011



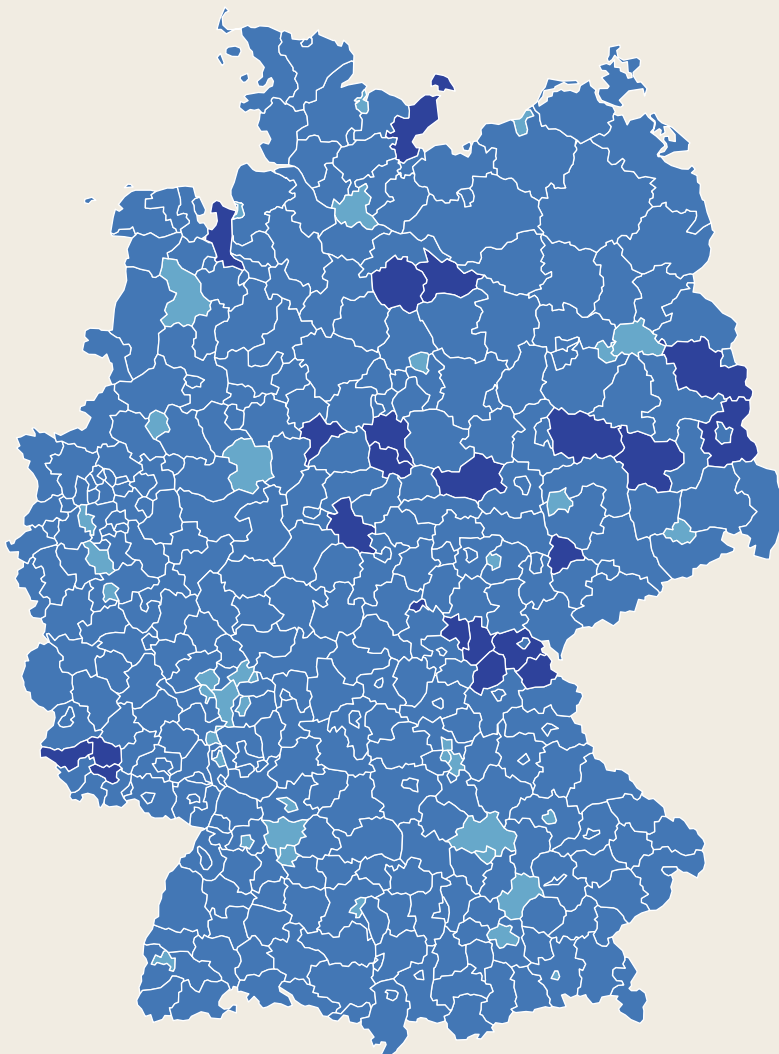
- keine Angaben vorhanden
- 0 bis 50 Personen pro Quadratkilometer
- über 50 bis 100
- über 100 bis 150
- über 150 bis 200
- über 200 bis 250
- über 250 bis 300
- über 300 bis 350
- über 350

► Karte 2 Geburtenrate — Geburten pro 10 000 Einwohner

Geburtenrate 1894/96



Geburtenrate 2015



Geburten

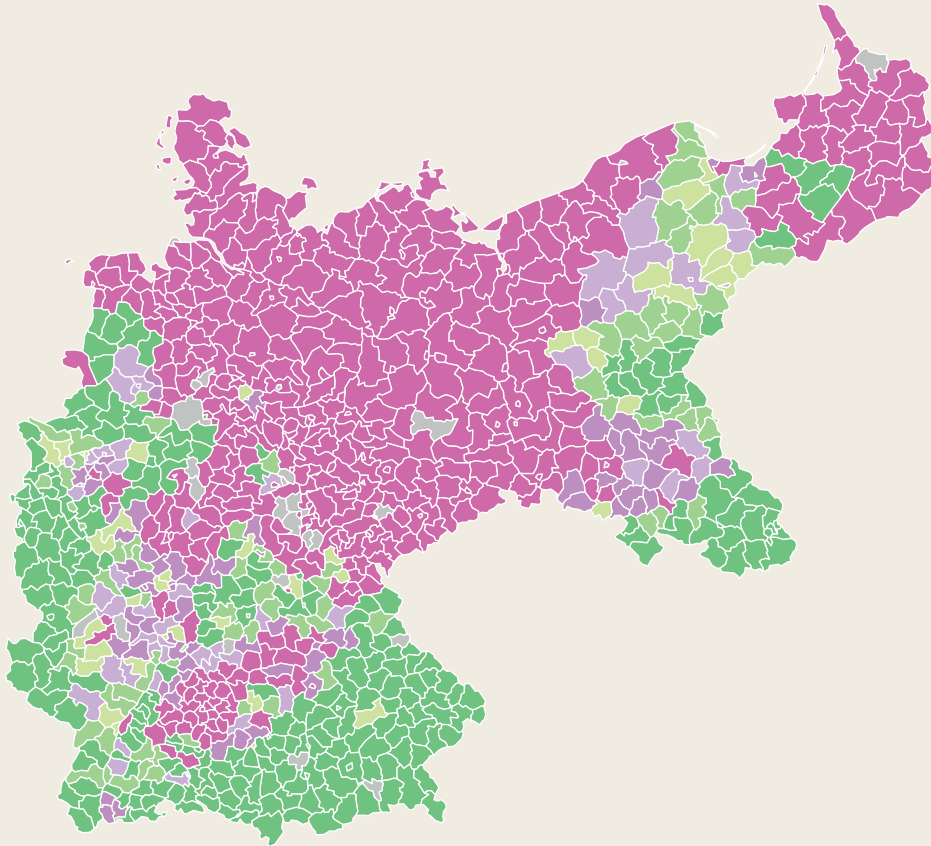
Die Anzahl der Geburten hat sich in den vergangenen 170 Jahren erheblich verändert. Waren es bis zur Wende des 20. Jahrhunderts noch um die 350 Geburten pro 10 000 Einwohner, sank die Rate seither kontinuierlich auf mittlerweile unter 100 (siehe auch Kapitel 2, Abb 2, dort pro 1 000 Einwohner). Vergleicht man die Anzahlen der Geburten in den einzelnen Kreisen, so fällt auf, dass sich die Verteilungen 1894/96 und 2015 gar nicht überschneiden. Das bedeutet, dass auch die Bandbreite heute sehr viel geringer ausfällt als noch vor 120 Jahren: 1894/96 gab es keinen einzigen der über 1 000 Kreise in Deutschland, in dem pro 10 000 Einwohner weniger als 200 Kinder geboren wurden. 2015 gab es dagegen keinen einzigen Kreis, in dem mehr als 120 Kinder pro 10 000 Einwohner geboren wurden. Das zeigt sich ganz deutlich in der Farbgebung der Karten: Die Farbskala von roten (hohen) zu niedrigen (blauen) Werten zeigt Deutschland mittlerweile als durchweg blaues Land. ▶ Karte 2

Während die Zahlen 2015 im Wesentlichen zwischen 75 und 100 Geburten variierten, war die Spannweite Ende des 19. Jahrhunderts deutlich größer: Hier waren es je nach Kreis zwischen 300 und 450 Geburten pro 10 000 Einwohner. Dabei zeigte sich jedoch mit Ausnahme von recht hohen Werten in Sachsen kein wesentlicher Unterschied zwischen den einzelnen Bundesstaaten. Allerdings kann man auf der Karte deutlich einige regionale „Hotspots“ erkennen: Neben Gebieten in Sachsen gibt es insbesondere in Westpreußen und Posen, aber auch im Ruhrgebiet, in der Oberpfalz und in Oberbayern Kreise, in denen auf 10 000 Einwohner 450 bis 500 Geburten kamen.

Für die Gegenwart kann man feststellen, dass sich die noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts vorhandenen Differenzen in der Fertilität zwischen Ost und West wieder verringert haben. Zwar lassen sich aktuell noch im Norden etwas höhere Werte als im Süden beobachten, insgesamt sind die Unterschiede aber so gering, dass man hier – anders als bei der Mortalität⁹ – keinen strukturellen Effekt vermuten kann.¹⁰

► Karte 3 Konfessionszugehörigkeit – in Prozent der Bevölkerung

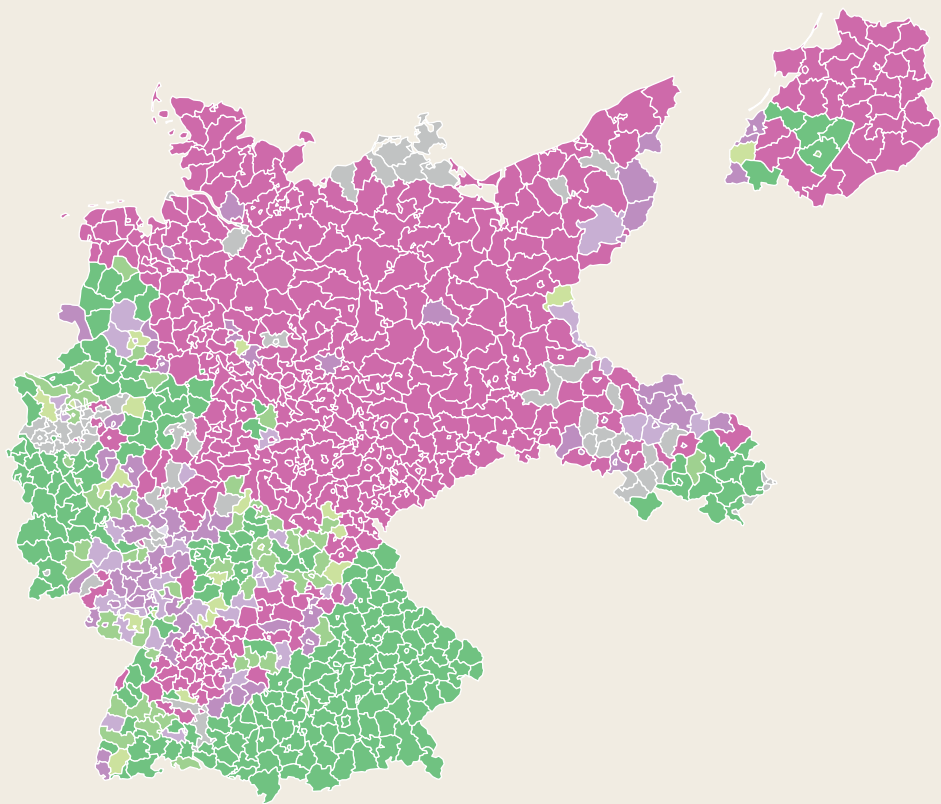
Konfessionszugehörigkeit 1900

**Konfession**

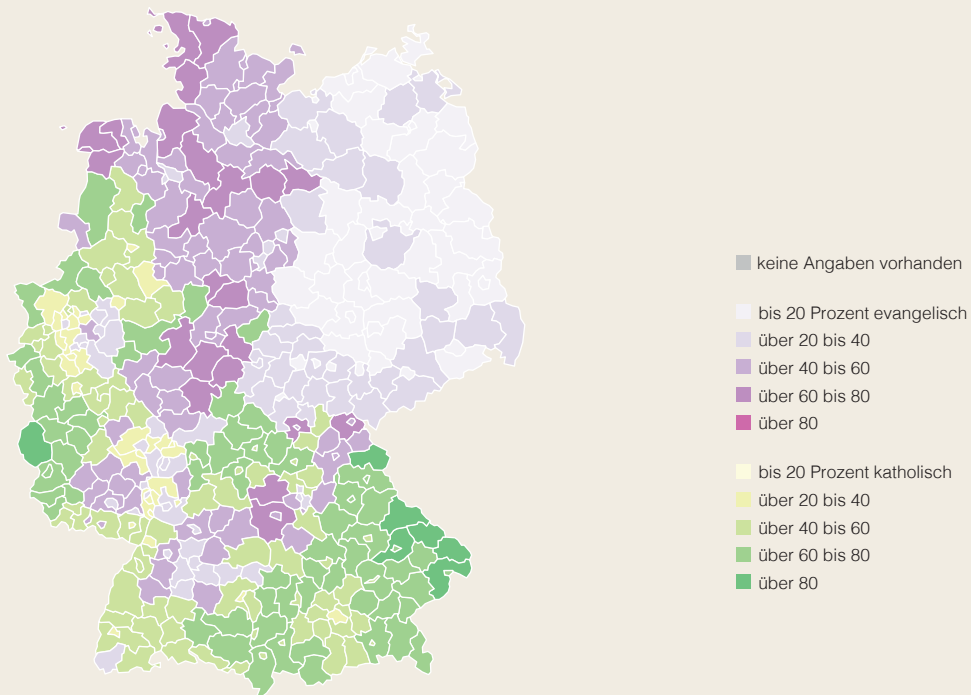
Ein einheitliches Muster zeigt sich – wenig überraschend – bei der Verteilung der beiden großen Konfessionen in Deutschland. Abgesehen von einem katholischen Korridor entlang der Provinzen Westpreußen, Posen und Oppeln ist Nord-, Ost und Mitteldeutschland überwiegend protestantisch, während im Westen und Süden die katho-

lische Konfession überwiegt. Die deutsche Teilung bewirkte in dieser Hinsicht keine Änderung der Struktur, wohl aber der Niveaus: Zwar sind im 21. Jahrhundert generell die Kirchenzugehörigkeiten zurückgegangen, allerdings in den protestantischen Gebieten der heutigen neuen Bundesländer ungleich stärker als in Westdeutschland insgesamt (siehe dazu auch Kapitel 12). ► Karte 3

Konfessionszugehörigkeit 1925

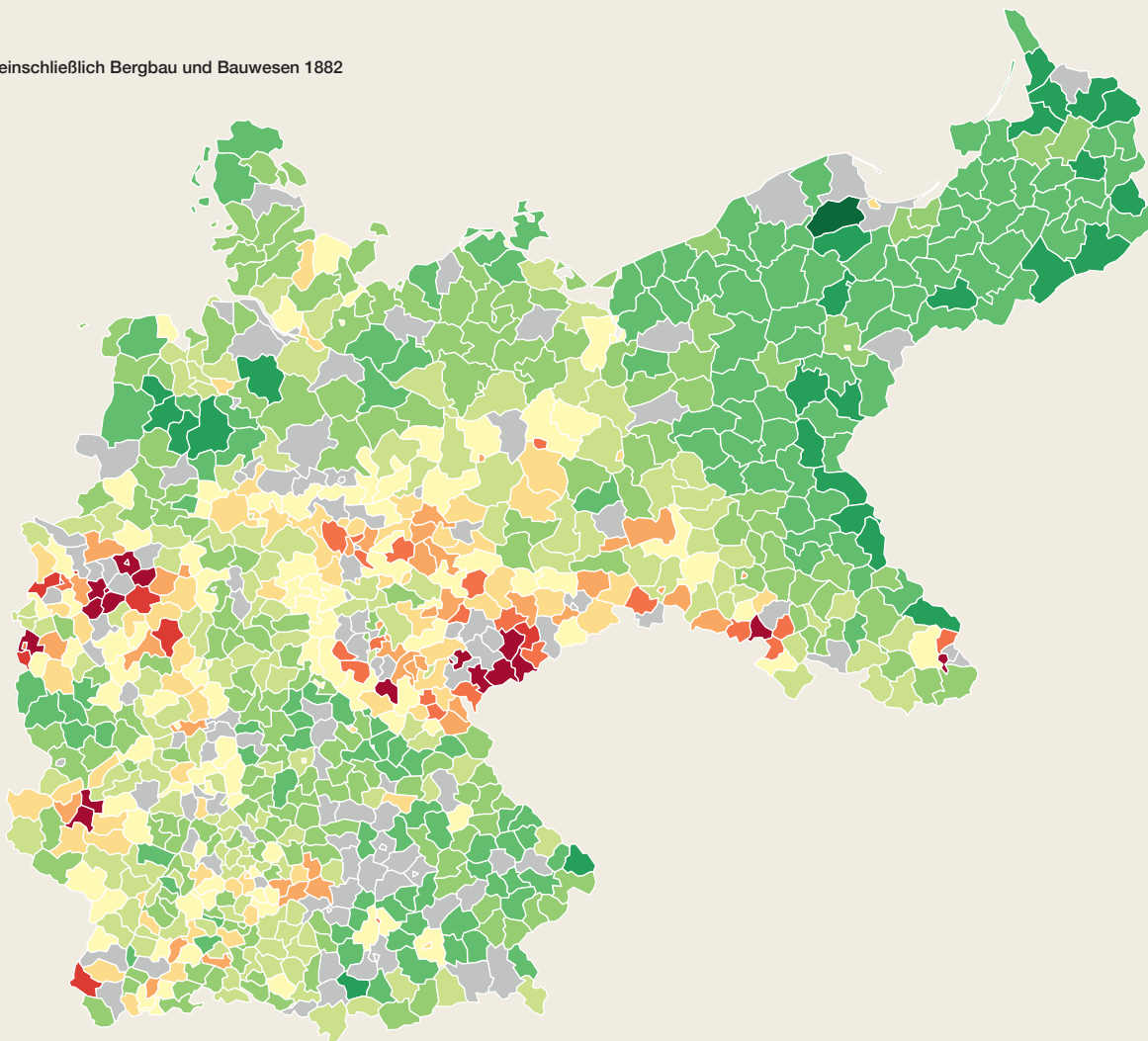


Konfessionszugehörigkeit 2011



Karte 4 Industrieproduktion — Anteil der Beschäftigten in Prozent

Industrie, einschließlich Bergbau und Bauwesen 1882

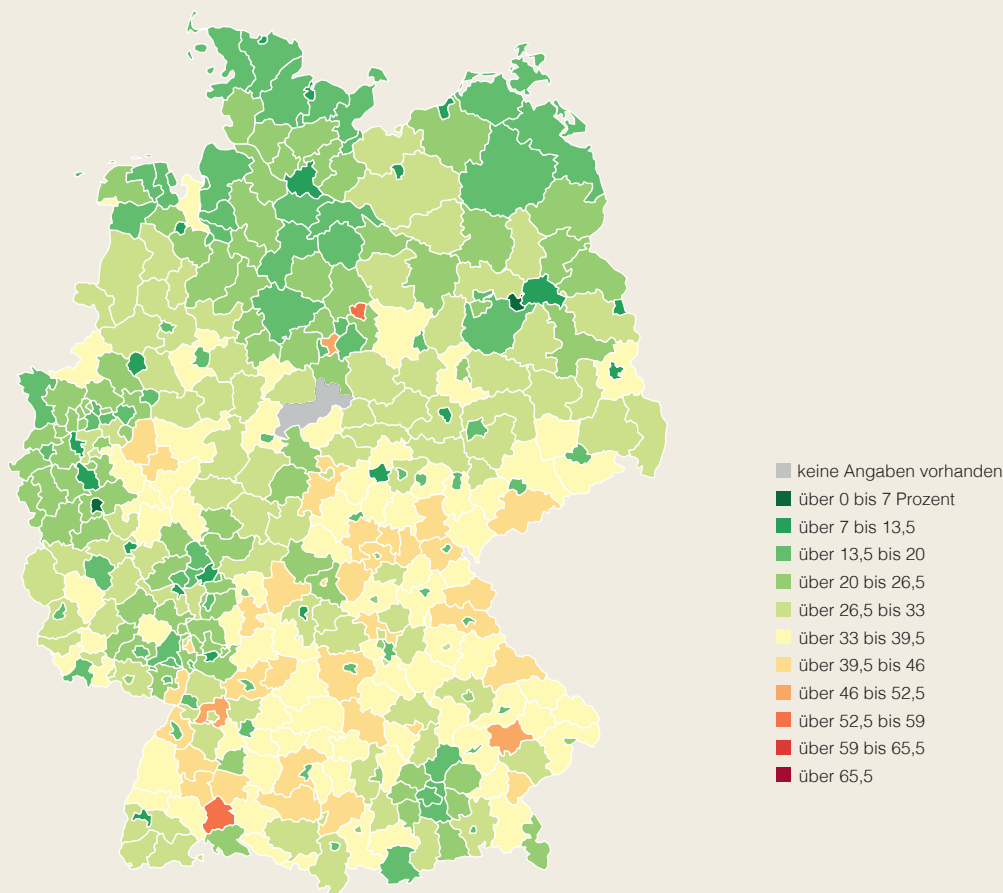


Industrieproduktion

Wie in anderen Ländern auch ist in Deutschland die Industrieproduktion nicht gleichmäßig über das Land verteilt, sondern es haben sich regionale Schwerpunkte durch dort vorhandene günstige Voraussetzungen herausgebildet. Waren zunächst große Gebiete im gebirgigen Süden Deutschlands durch die besseren Möglichkeiten der Nutzung von Wasserkraft im Vorteil und bot etwa die Rheinschiene mit ihrem natürlichen Transport-

weg deutlich bessere Voraussetzungen für eine ökonomische Entwicklung als in Regionen im Osten Deutschlands, konnten im Ruhrgebiet, der Saarregion oder Teilen von Oberschlesien die vorhandenen Kohlevorkommen für eine Montanindustrie genutzt werden. Kamen zu diesen notwendigen Faktoren noch weitere hinzu, ergaben sich Agglomerationseffekte, die zu unterschiedlichen, auch unterschiedlich schnellen Entwicklungspfaden führten und so zum Beispiel auch über inner-

Produzierendes Gewerbe 2015



deutsche Grenzen hinweg zu homogenen Regionen. In Regionen, in denen sich zunächst eine Textilindustrie entstanden war, wie im Münsterland oder in Sachsen, entwickelte sich in einer zweiten Phase die Zulieferindustrie für Textilmaschinen zu einer Maschinenbauindustrie.¹¹

Über die Zeit gesehen stieg der Anteil der Beschäftigten in der Industrie zwischen 1850 und etwa 1970 kontinuierlich von 25 auf 50 Prozent an, um seither ebenso kontinuierlich wieder auf das Niveau von 1850

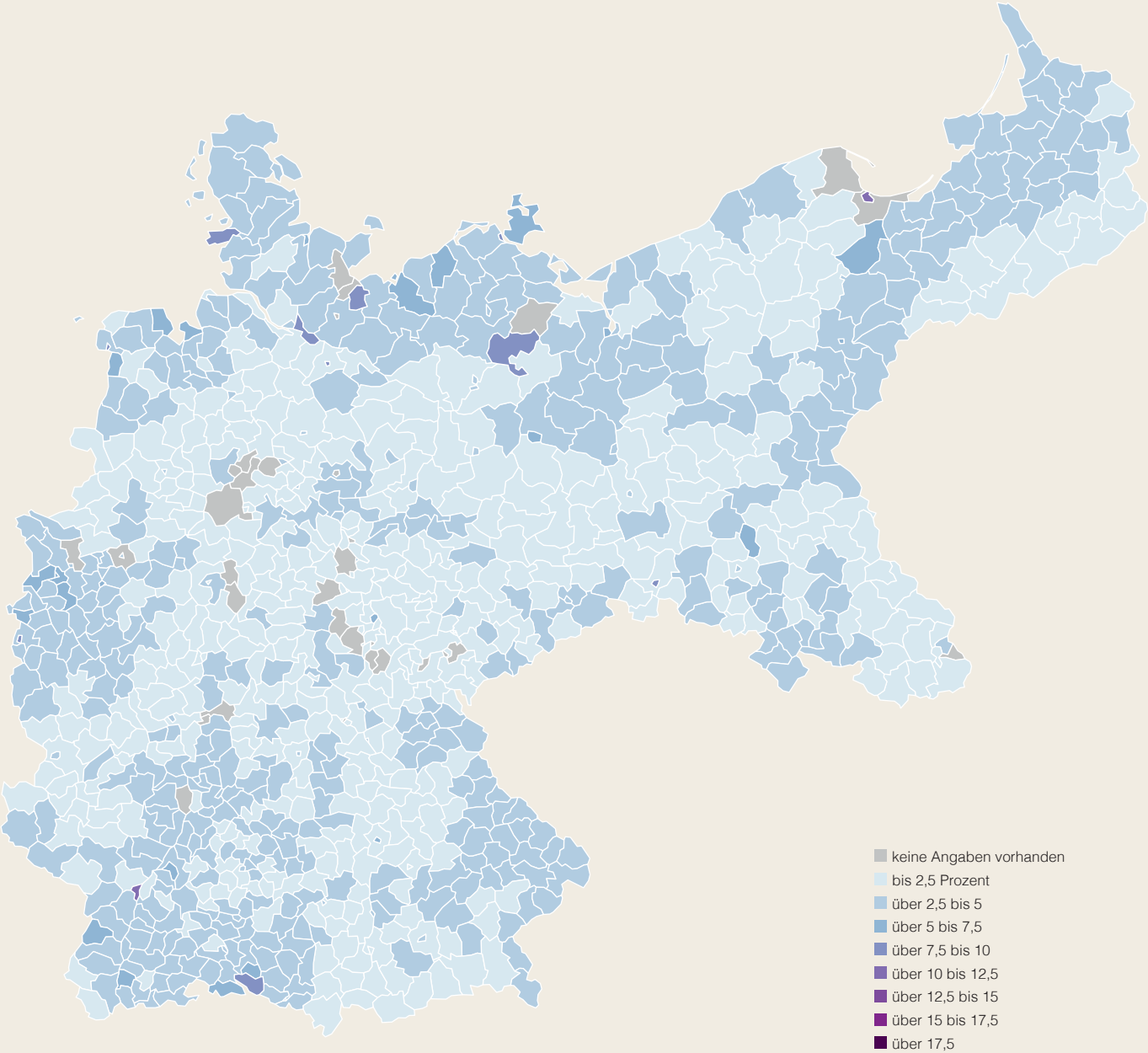
herabzusinken. Wählt man für die Darstellung der Karten eine Farbskala, die Industrie- bzw. Gewerbezentren von anderen Gebieten optisch absetzt, sieht man bereits für 1882 – gemessen am Anteil der in dem Sektor Beschäftigten – neben kleinen Gebieten im Norden Württembergs oder in der Saarregion Zentren gleicher Intensität im Ruhrgebiet und in Sachsen. ► [Karte 4](#)

2015 haben sich diese Zentren weitgehend aufgelöst bzw. in Sachsen auf den Erzgebirgskreis reduziert; das Ruhrgebiet

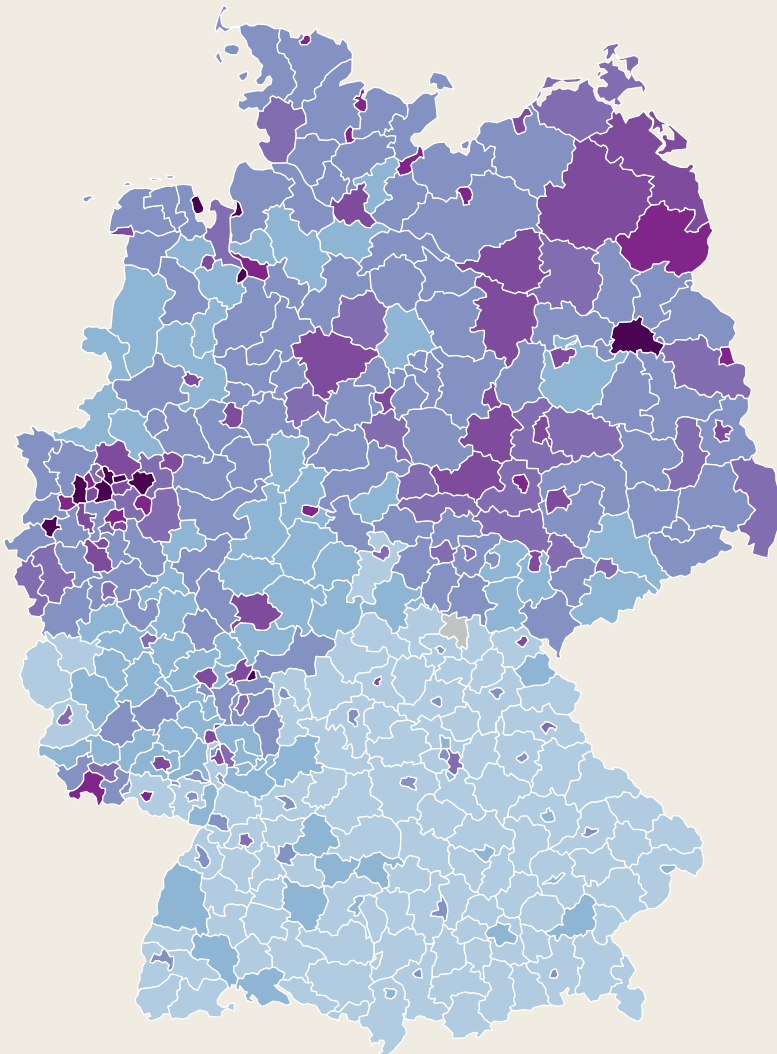
ist deindustrialisiert. Davon abgesehen ist eine Nord-Süd-Verschiebung zu beobachten: Während in der Mitte Deutschlands die Anteile des produzierenden Gewerbes rückläufig sind, haben sie sich im Vergleich zu Ausgang des 19. Jahrhunderts im Süden Deutschlands erhöht.

► Karte 5 Armenunterstützung/Mindestsicherungsquote — in Prozent der Bevölkerung

Armenunterstützung 1885



Mindestsicherungsquote 2016



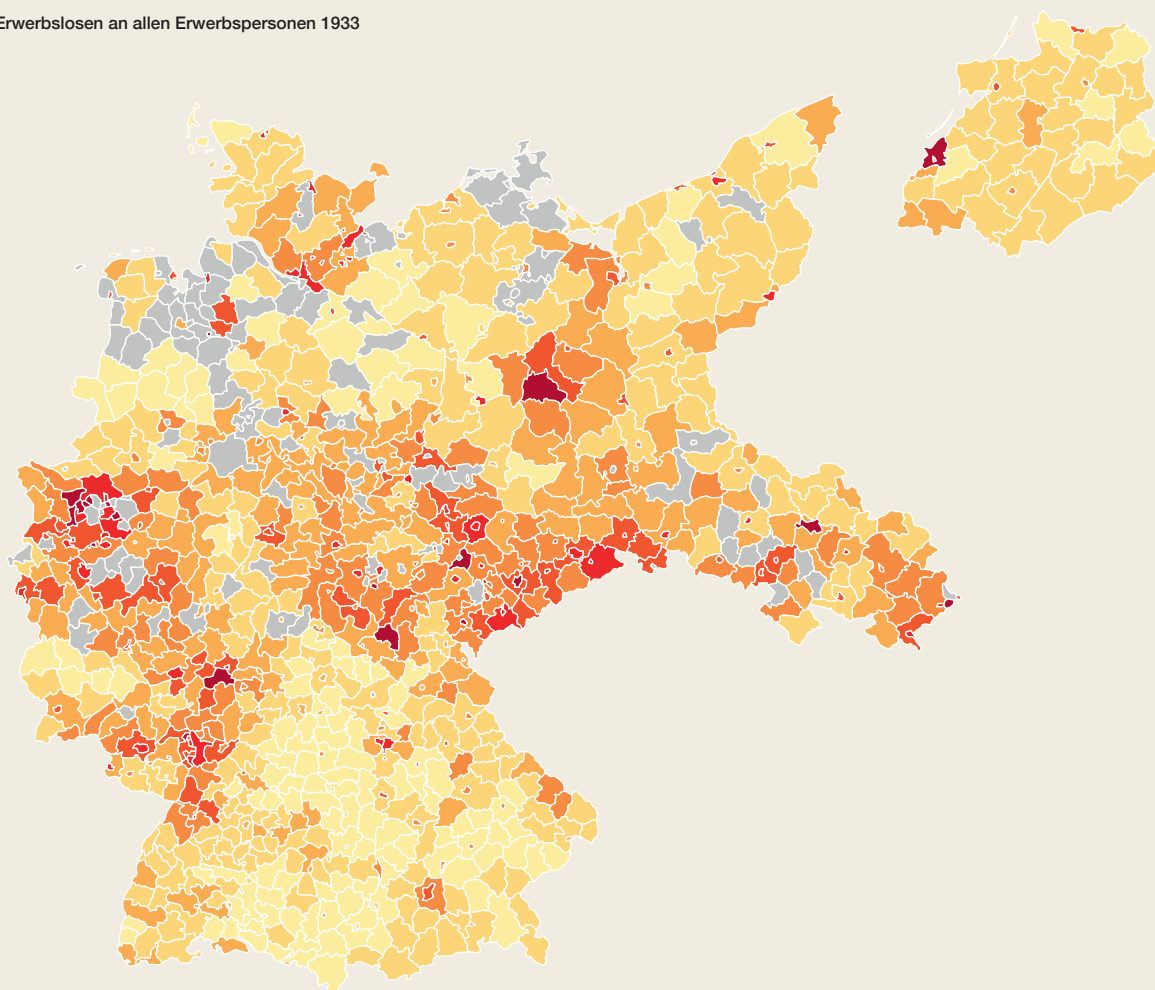
Armenunterstützung

Für den Bereich der staatlichen Wohlfahrt gibt es bereits für das ausgehende 19. Jahrhundert umfangreiches Datenmaterial. Die Armenfürsorge wurde im Zuge der Industrialisierung ein zentrales Thema der Sozialpolitik,¹² zu dem bereits umfassende zeitgenössische statistische Erhebungen vorgenommen wurden.¹³ Die sogenannte Reichsarmenstatistik von 1885 bildete eine empirische Grundlage für die Einführung der Sozialversicherungen. Ihr sind Kategorien zu entnehmen, die nach heutigen Maßstäben teilweise befremdlich wirken. Arm und auf Unterstützung angewiesen war, wer nicht arbeitsfähig war, zum Beispiel durch Tod des Ernährers, große Kinderzahl, aber auch durch Trunk und Arbeitsscheu. Insgesamt wurden nach der Zählung von 1885 1,6 Millionen Personen staatlich unterstützt, gemeinsam mit deren Familienmitgliedern waren dies etwa 3,4 Prozent der Bevölkerung. Das ist im Vergleich zu heute ein sehr niedriger Anteil, insbesondere wenn man bedenkt, dass es zu dieser Zeit noch keinerlei systematische Absicherung in Form von Kranken-, Unfall-, Renten- oder Arbeitslosenversicherungen gab. Auch hier gab es regionale Unterschiede. In den geburtenstarken Regionen Posens oder Ostpreußens ebenso wie in Niederbayern betrug der Anteil der Unterstützten oftmals das Doppelte des Reichsdurchschnitts, ebenso in der Rheinprovinz und an den Küsten. ▶ Karte 5

2015 betrug die Anzahl der Personen, die eine Mindestsicherung erhielten, knapp 8 Millionen. Das waren vor allem annähernd 6 Millionen Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“), darüber hinaus etwa 1 Million Sozialhilfeempfangende und etwa ebenso viele, die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen. Regional haben sich die Schwerpunkte dabei grundlegend verschoben: Während die Quote im Süden Deutschlands mit überwiegend 3 bis 4 Prozent deutlich unter dem allgemeinen Durchschnitt liegt, beträgt sie in den meisten Kreisen der neuen Bundesländer das Drei- bis Vierfache. Ähnlich hohe Werte zeigen sich im Westen fast nur im Ruhrgebiet.

► Karte 6 Erwerbslose/Arbeitslose — in Prozent

Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen 1933

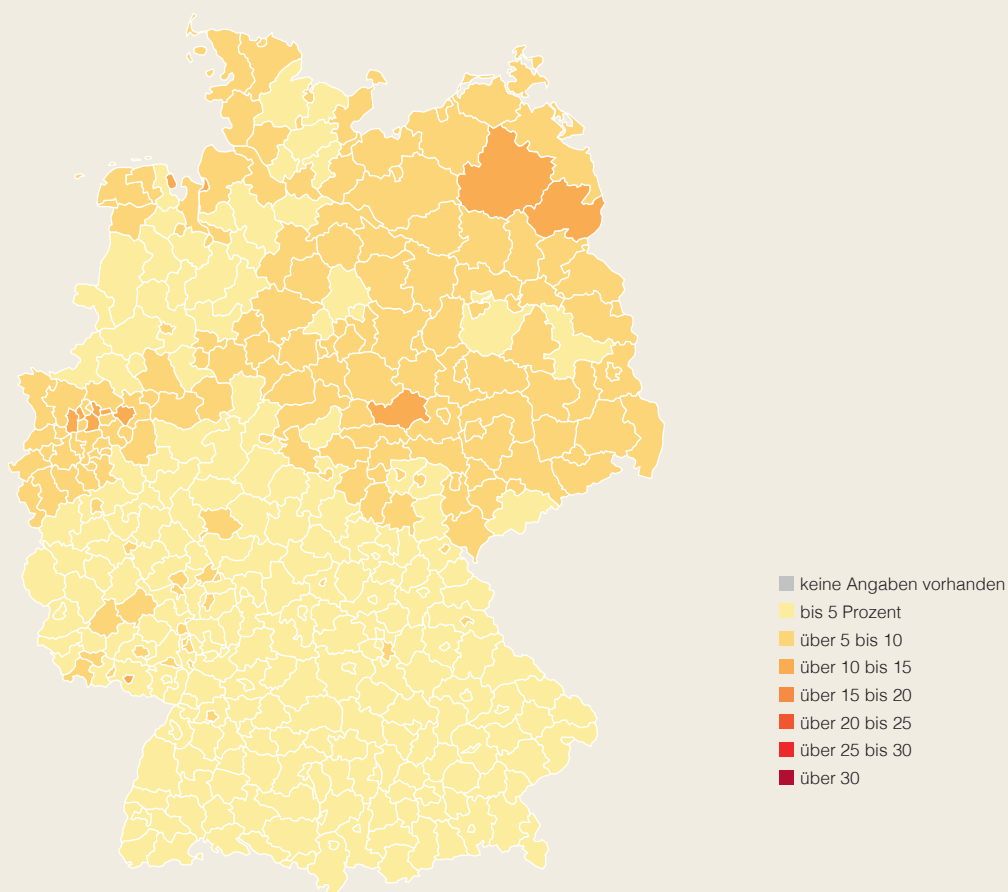
**Erwerbslose**

Bei der Reichsarmenstatistik von 1885 wurden lediglich 6 Prozent der Hilfen wegen Arbeitslosigkeit gewährt.¹⁴ Das bedeutete jedoch nicht, dass Arbeitslosigkeit zu diesem Zeitpunkt kein großes Problem darstellte. Gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen verloren zahlreiche Arbeiterinnen und Arbeiter schnell ihre Anstellungen. Arbeitslosenvermittlungen waren zunächst überwiegend privater Natur, erst mit dem Beginn des

20. Jahrhunderts entstanden städtische Einrichtungen als Vorläufer der heutigen Arbeitsämter. Unterstützungen seitens der Gewerkschaften konnten die Not nicht wirklich lindern. Eine reichsweite, auf Beiträgen basierende Arbeitslosenversicherung wurde erst in den 1920er Jahren eingeführt. Blickt man auf die Karte der Arbeitslosen im Jahr der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, also der Zeit der höchsten Arbeitslosigkeit in den vergangenen 150 Jahren, zeigen sich ins-

besondere in den klassischen Industrieregionen tieferote Gebiete mit Werten von über 20, in Berlin von 37 Prozent. Andere Gebiete wie Süddeutschland, Westfalen oder Norddeutschland sind dagegen weitgehend verschont. In der historischen Forschung gibt es umfangreiche Diskussionen darüber, ob Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt hat. Anhand der vorhandenen Daten ist dieser Zusammenhang jedenfalls nicht sicher zu belegen.¹⁵ ► Karte 6

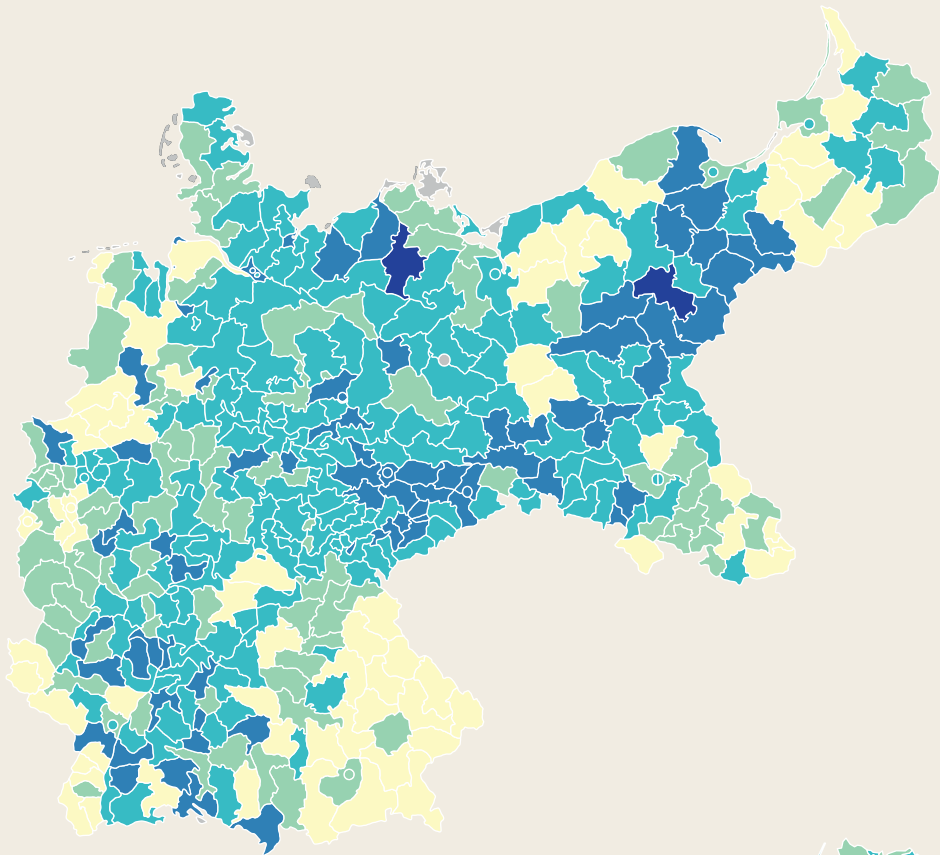
Arbeitslosenquote 2017



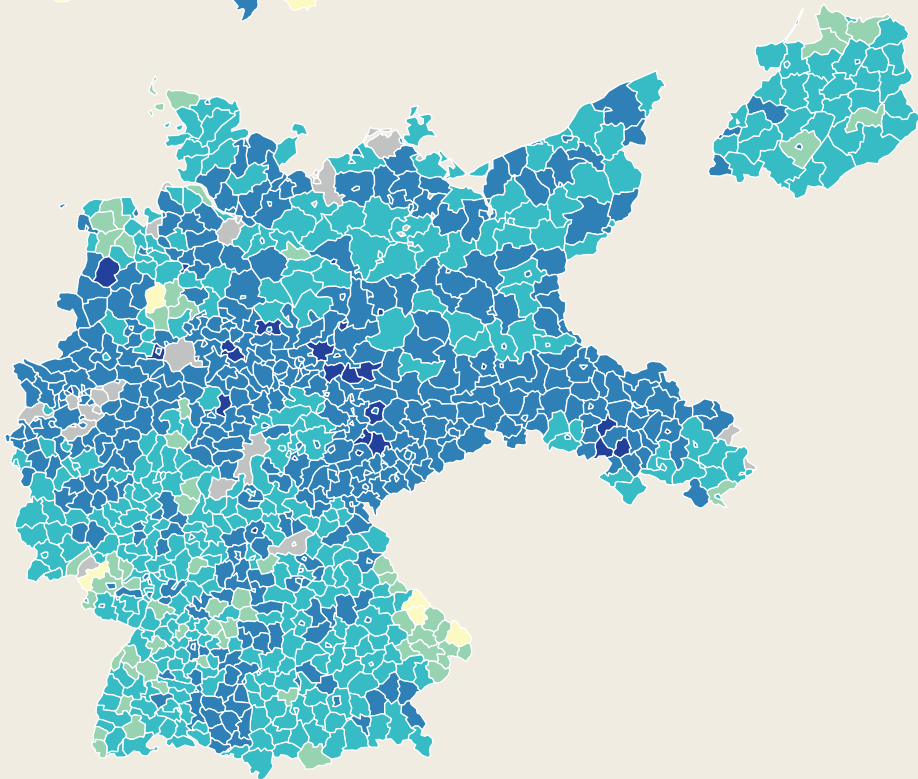
2017 hat sich nicht nur die Zahl der Arbeitslosen, sondern auch die regionale Variation erheblich verringert. Nunmehr zeigt sich, ähnlich wie bei der Mindestsicherungsquote, ein ganz klares Ost-West-Gefälle, im Westen lediglich höhere Zahlen in den strukturschwächeren Gebieten im Ruhrgebiet und an der Nordseeküste. Verglichen mit 1933 ist die regionale Variation jedoch deutlich homogener.

► Karte 7 Wahlbeteiligung — in Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung

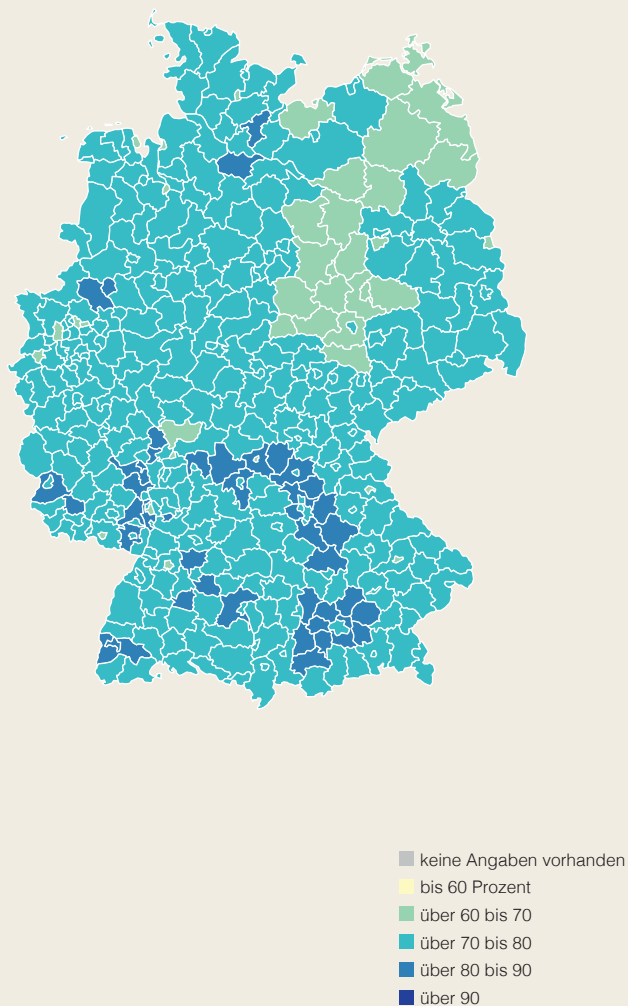
Wahlbeteiligung 1890



Wahlbeteiligung 1930



Wahlbeteiligung 2017



Wahlbeteiligung

Bei der Wahlbeteiligung zeigt sich 1890 noch eine größere Spannweite als später. Im östlichen Bayern lag sie in den meisten Kreisen unter 50 Prozent, so niedrig wie sonst fast nur in Pommern oder der westfälischen Provinz. 1930, als sie deutschlandweit so hoch lag wie nie zuvor, waren insbesondere in den klassischen Industrieregionen Sachsen, Schlesien sowie im Ruhrgebiet häufig zwischen 85 und 90 Prozent zu verzeichnen. 2017 zeigt sich dagegen ein homogeneres Bild mit insgesamt niedrigeren Werten. Die seit den 1970er Jahren bis in die jüngste Vergangenheit kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligung ist dabei ein gesamtdeutsches Phänomen. ▶ [Karte 7](#)

Gefährliche Körperverletzung

Eine regional sehr unterschiedliche Ausprägung zeigt sich Ende des 19. Jahrhunderts in Bezug auf die Gewalkriminalität. Man könnte vermuten, dass vor allem in städtischen Umgebungen Kriminalität in verschiedenen Ausprägungen eher anzutreffen war als in ländlich geprägten Gegenden, etwa deswegen, weil es durch Zuzüge von Arbeitskräften in die sich industrialisierenden Städte zu einer Entwurzelung, Desorientierung und Isolierung sowie ausbleibender sozialer Kontrolle kam und sich soziale Spannungen gewaltvoll entluden. Dem ist jedoch in dieser Allgemeinheit nicht so: Erscheinungsformen körperlicher Gewalt waren auch schon den vorindustriellen ländlichen Gesellschaften nicht fremd. Empirisch gesehen stieg zwar um die Wende des 19. Jahrhunderts die Rate der gefährlichen Körperverletzungen mit dem Urbanisierungsgrad, aber nur bis zu einem gewissen Grad: In Großstädten (ab 100 000 Einwohner) nimmt die Rate wieder deutlich ab.¹⁶

Dagegen wiesen Gebiete mit hohen Anteilen nicht deutsch sprechender Bevölkerungen um die Wende des 19. Jahrhunderts eine deutlich höhere Rate an Gewalkriminalität auf (zwischen 400 und 600 Verurteilte je 100 000 strafmündige Zivilpersonen), insbesondere in den ostpreußischen Gebieten mit hohen Anteilen Polnisch und Litauisch sprechender Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch in den sich dynamisch entwickelnden Industrieregionen im Ruhrgebiet. Dorthin waren viele polnischsprachige preußische Staatsangehörige migriert. Die sich in diesen Gebieten äußernde höhere Kriminalität ist freilich auf mehrere Ursachen zurückzuführen: Zum einen boten kulturelle Differenzen und gegenseitige Abgrenzungen natürlich verstärkt Konfliktpotenziale, zum anderen waren fremdsprachige Minderheiten aber auch teilweise einer rigideren Strafverfolgung ausgesetzt. Ähnliches gilt, wenn auch nicht mit ganz so hohen Zahlen, für das Elsass und Lothringen. ► Karte 8

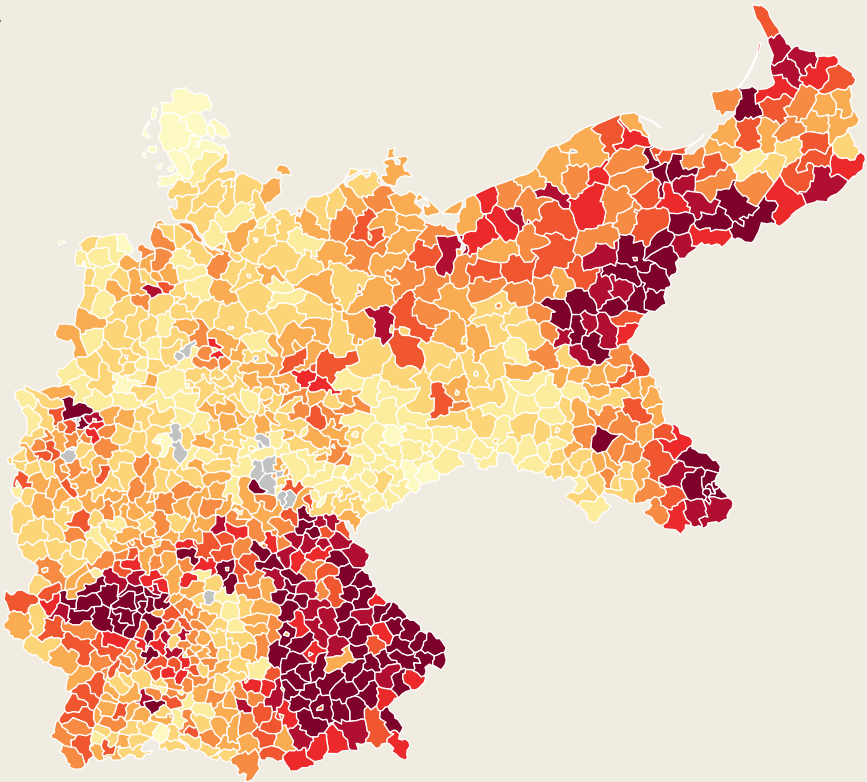
Eine ganz offensichtlich überdurchschnittliche Rate zeigt sich in Bayern (in-

klusive der damals zu Bayern gehörenden Pfalz): Während in Preußen, Württemberg und Baden auf 100 000 strafmündige Personen im Durchschnitt über alle Provinzen etwa 200 Verurteilte aufgrund von Gewalkriminalität kamen, in Sachsen sogar nur 82, waren es in Bayern fast 370. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass hier auch unterschiedliche Praktiken der Strafverfolgung und Rechtsprechung eine Rolle spielten – ebenso wie ja der Anstieg der Gewalkriminalität zwischen 1876 und 1900 nicht nur reale, sondern auch statistische Gründe hatte (vgl. Kapitel 9, S. 141f). Ein Vergleich mit den Karten zur Konfession und zu den Geburten zeigt, dass die Gewalkriminalität in katholischen und hier wiederum vor allem in Gebieten mit hohen Geburtenraten überdurchschnittlich ausgeprägt war.¹⁷

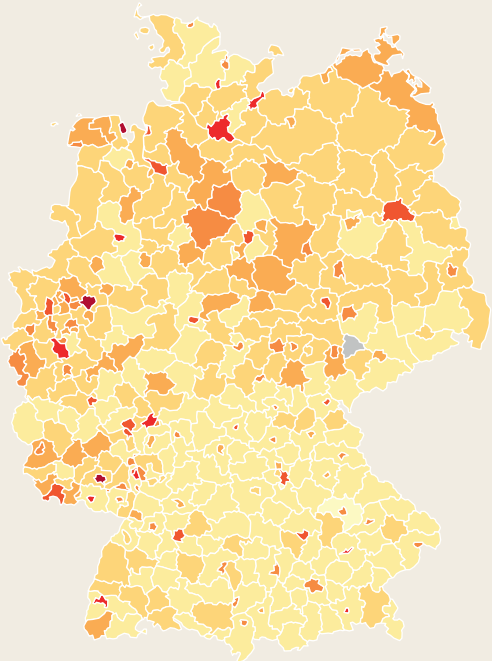
Einhundert Jahre später zeigt sich ein völlig anderes Bild. Gab es 1893/97 noch durchschnittlich über 200 Verurteilte je 100 000 strafmündige Zivilpersonen pro Jahr, waren es 2014 keine 30 erfassten Fälle mehr. Aber auch hier zeigen sich noch regionale Unterschiede. Bezogen auf Straftaten insgesamt kann man nun in Nord- und Ostdeutschland eine höhere Belastung als in Süddeutschland feststellen; bezogen auf Körperverletzung liegen dagegen Rheinland-Pfalz sowie einige Kreise in Bayern über dem landesweiten Durchschnitt.¹⁸ Deutlich zu sehen ist, dass in städtischen Umgebungen eine höhere Kriminalitätsrate, auch bei Körperverletzungen, zu verzeichnen ist als in ländlichen Gebieten. Letzteres zeigt sich auch in den erfassten Fällen gefährlicher Körperverletzung selbst dann, wenn man die gleichen Häufigkeitseinteilungen wie 1893/97 zugrunde legt: Regionenunabhängig ist nunmehr klar ersichtlich, dass sich hohe Verurteiltenzahlen bezüglich gefährlicher Körperverletzung nur noch nahezu ausschließlich in Großstädten zeigen. Hier liegen sie häufig bei über 300 Fällen je 100 000 Einwohner, während sie in kleineren Gemeinden deutlich darunter liegen.¹⁹

► Karte 8 Gefährliche Körperverletzung — Verurteilte je 100 000 strafmündige Zivilpersonen (1893/97)/
erfasste Fälle je 100 000 Einwohner (2014)

Gefährliche Körperverletzung 1893/97



Gefährliche Körperverletzung 2014



- keine Angaben vorhanden
- bis 50 Verurteilte/Fälle
- über 50 bis 100
- über 100 bis 150
- über 150 bis 200
- über 200 bis 250
- über 250 bis 300
- über 300 bis 350
- über 350 bis 400
- über 400

Datengrundlage

Die amtliche Statistik hat schon seit der Reichsgründung damit begonnen, ihre Ergebnisse auch in ihren zentralen Veröffentlichungen regional zu differenzieren. Dabei ist die Gliederungstiefe unsystematisch. Die wichtigsten Statistiken werden in aller Regel auf Länderebene, häufig auch auf Bezirksebene, immer mal wieder aber auch auf Kreisebene veröffentlicht. Daneben haben die statistischen Ämter der einzelnen Länder ebenfalls Ergebnisse in unterschiedlich tiefer Gliederung publiziert. Letztere sind von einigen heutigen Bundesländern im Rahmen von Jubiläumsjahren als historische Statistiken zusammengestellt worden.²⁰ Schon in den 1980er Jahren wurde damit begonnen, preußische Daten auf Kreisebene in digitaler Form für statistische Auswertungen zu erstellen. Diese Daten wurden seither insbesondere am ifo Institut München ergänzt und in zahlreichen Publikationen ausgewertet. Sie stehen dort als „ifo Prussian Economic History Database“ zur Verfügung. Auf Reichsebene stehen zahlreiche Kreisstatistiken in den folgenden drei Datensätzen zur Verfügung: Der Datensatz „Wählerbewegung im Wilhelminischen Deutschland. Die Reichstagswahlen von 1890 bis 1912“, der die Grundlage einer umfangreichen Monografie von Jürgen Schmädke bildet, enthält auf Wahlkreisebene neben Statistiken zu Wahlergebnissen für die sechs Reichstagswahlen 1890, 1893,

1898, 1903, 1907 und 1912 auch umgerechnete Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlungen von 1895 und 1907. Der Datensatz „Sozialökologische Analyse der Kriminalität in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität“ wurde Anfang der 1990er Jahre von Eric Johnson im Rahmen einer Monografie über den Zusammenhang von Urbanisierung und Kriminalität in Deutschland angelegt und Ende der 1990er Jahre von Helmut Thome verbessert, ergänzt sowie in einer Reihe von Beiträgen ausgewertet. Die „Wahl- und Sozialdaten der Kreise und Gemeinden des Deutschen Reiches von 1920 bis 1933“ wurden in einem vielbeachteten Projekt von Jürgen W. Falter und Mitarbeitern zusammengestellt und ausgewertet.²¹ Für die Bundesrepublik wurden Daten der Volkszählungen von 1950 bis 1987 auf Kreisebene in einem Datensatz zusammengestellt.²² Aktuelle Daten bieten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes in der „Regionaldatenbank Deutschland“ an. Erste Referenz für Deutschland um die Jahrtausendwende ist der zwischen 1999 und 2006 erschienene „Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland“. Dessen Karten und Texte sind mittlerweile online verfügbar und werden durch weitere Beiträge laufend aktualisiert.

Zum Weiterlesen empfohlen

Jürgen W. Falter: *Hitlers Wähler*, München 1991.

Rainer Fremdling/Toni Pierenkemper/Richard H. Tilly: Regionale Differenzierung in Deutschland als Schwerpunkt wirtschaftshistorischer Forschung, in: Dies. (Hrsg.): *Industrialisierung und Raum: Studien zur regionalen Differenzierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts*, Stuttgart 1979, S. 9–26.

Sebastian Klüsener/Joshua R. Goldstein: Räumliche Analyse des Geburtenverhaltens in Deutschland in Geschichte und Gegenwart: die Integration soziologischer, geografischer und historischer Forschungsansätze, in: *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft*, München 2009.

Leibniz-Institut für Länderkunde (Hrsg.): *Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland*, <http://archiv.nationalatlas.de>.

Jürgen Schmädke: *Wählerbewegung im Wilhelminischen Deutschland*, 2 Bände, Bd. 1: *Die Reichstagswahlen von 1890 bis 1912: eine historisch-statistische Untersuchung*, Bd. 2: *Die Reichstagswahlen von 1890 bis 1912: Wahlergebnisse und Strukturen im Kartenbild*, Berlin 1995.

Karl P. Schön/Dieter Hillesheim/Petra Kuhlmann: *Die Entwicklungsphasen der Städte und Regionen im Spiegel der Volkszählungen*, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Materialien zur Raumentwicklung, Heft 56), Bonn 1993.

Mikołaj Szoltysek/Siegfried Gruber/Sebastian Klüsener/Joshua R. Goldstein: *Spatial Variation in Household Structures in Nineteenth-Century Germany*, in: *Population*, 69 (2014) 1, S. 55–80.

Helmut Thome: *Kriminalität im Deutschen Kaiserreich, 1883–1902. Eine sozialökologische Analyse*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 28 (2002) 4, S. 519–553.

Nikolaus Wolf: *Regional economic growth in Germany*, in: Joan Ramon Rosés/Nikolaus Wolf (Hrsg.): *The Economic Development of Europe's Regions: A Quantitative History since 1900*, New York 2019, S. 149–176.

Deutschland in Daten

Zeitreihen zur Historischen Statistik

Herausgegeben von Thomas Rahlf

Dr. Thomas Rahlf, Studium der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Promotion über methodologische Konzepte der Statistik und Ökonometrie, arbeitet seit 2004 bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn.

Impressum

Bonn 2022

© Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de

Bestellungen: www.bpb.de/shop > Zeitbilder

Bestellnummer: 3975

ISBN: 978-3-8389-7133-9

Zweite, aktualisierte Auflage 2022

Redaktionsschluss: Mai 2022

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Projektleitung: Hildegard Bremer, Dr. Miriam Shabafrouz, bpb

Redaktion und Lektorat: Eik Welker, Münster

Grafische Konzeption und Umsetzung:

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main